



An die  
Mitglieder des Landrates

Stans, 8. November 2010

**Budget 2011 / Finanzplan und Investitionsplan für die Jahre 2012 und 2013 / Investitionsplan für die Jahre 2014 und 2015  
Änderung des Leistungsauftrages der kantonalen Verwaltung für das Jahr 2011  
Mitbericht der Kommission SJS**

Sehr geehrter Herr Landratspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) hat an der Sitzung vom 3. November 2010 in Anwesenheit von Regierungsrat Alois Bissig das Budget und die Finanzpläne des Kantons sowie die entsprechenden ordentlichen Leistungsauftragserweiterungen in den Bereichen Justiz- und Sicherheitsdirektion bzw. Staatskanzlei behandelt. Die Kommission erstattet gemäss Art. 23b des Landratsgesetzes (und § 92 des Landratsreglements) folgenden Mitbericht.

**I. Budget und Finanzpläne des Kantons**

Sowohl das Budget 2011, der Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2012 und 2013 wie auch der Investitionsplan für die Jahre 2014 und 2015 gaben zu keinen Diskussionen Anlass. Die Kommission beschränkte sich in ihrer Beratung auf die Leistungsauftragserweiterungen.

**II. Änderung des Leistungsauftrages der kantonalen Verwaltung für das Jahr 2011**

Die Kommission machte im Rahmen der Behandlung der ordentlichen Leistungsauftragserweiterungen (RRB Nr. 426) folgende Feststellungen:

- Im RRB Nr. 426 ist ausgeführt, dass der Leistungsauftrag der Gerichtskanzlei um CHF 30'000.00 reduziert wird. Der Gerichtskassier hat für die Schlichtungsbehörde Sekretariatsarbeiten durchgeführt. Eine Kürzung des Pensums des Gerichtskassiers erfolgt mit der Justizreform jedoch nicht. Die im RRB erwähnte Reduktion des Leistungsauftrages ist somit überholt.

- Gemäss RRB Nr. 426 erfolgt infolge der mit der Justizreform erweiterten Präsidien des Kantonsgerichts eine Erhöhung der Stellenprocente von 190 auf 300 Prozent. Die Kommission SJS gibt zu bedenken, dass die Kantonsgerichtspräsidentin Frau Livia Zimmermann bereits vor Inkrafttreten der Justizreform für 100 und nicht nur für 90 Stellenprozent gewählt wurde. Auch wenn sie 10 Prozent für das Präsidium der Schlichtungsbehörde in Anspruch genommen hat, erfolgt bei den Kantonsgerichtspräsidien insgesamt lediglich eine Erhöhung von 200 auf 300 Stellenprozent.
- Für das Jahr 2011 wird eine Leistungsauftragserweiterung für den neuen, zusätzlichen Staatsanwalt von 100 Prozent (CHF 65'000.00) beantragt. Aus dem RRB Nr. 426 ist indessen nicht ersichtlich, dass der zusätzliche Staatsanwalt erst am 1. Juli 2011 angestellt werden soll. Dies ergibt sich erst aus dem RRB Nr. 628.

### III. Antrag der Kommission

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) beantragt dem Landrat mit sechs Stimmen bei drei Enthaltungen:

1. das Budget 2011 unter Berücksichtigung der veränderten Positionen gemäss „Budgetbrief“ zu genehmigen.
2. den Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2012 und 2013 zu genehmigen.
3. den Investitionsplan für die Jahre 2014 und 2015 zur Kenntnis zu nehmen.
4. die ordentlichen Leistungsauftragserweiterungen für die Justiz- und Sicherheitsdirektion zu genehmigen.

Freundliche Grüsse

### KOMMISSION FÜR STAATSPOLITIK, JUSTIZ UND SICHERHEIT

Präsident



Leo Amstutz

Sekretariat



Christian Blunsch